Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 168. Abendblatt. Mittwoch, den 8. April 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 7. April. Ein Wiener Korrespondent der „Deutsch. Allg. Ztg." macht die Mittheilung, daß das preußische Kabinet in Kopenhagen in etwas scharfem Tone angefragt habe, ob es wahr sei, daß Dänemark die Einmischung Oesterreichs in die Verhandlungen wegen Nordschleswig angerufen habe. In Kopenhagen soll diese Anfrage verneinend beantwortet sein. Eine solche Anfrage ist von Preußen an Dänemark nicht gerichtet worden. Es sind hier überhaupt nur zwei Fälle denkbar. Entweder es mischt sich eine dritte Macht in die Angelegenheiten zweier anderer Staaten und dann wird diese Einmischung offen hervortreten, oder dieselbe mischt sich nicht ein und es treten keine Anzeichen einer Einmischung hervor. In diesem Falle aber würde es seltsam sein, wenn einer der beiden Staaten bei dem andern anfragen wollte, ob er nicht die Einmischung eines dritten provozirt habe. Es ist das unbedingt nicht diplomatische Usus. — Die „Nat.-Ztg." ist über die Worte des Grafen Bismarck in der Reichstagssitzung vom 2. April: „Wenn wir den Süddeutschen einige Konzessionen in reaktionärer Richtung machen wollten, vielleicht durch Förderung eines Instituts der Art, wie es jetzt in Oesterreich zum Wanken gebracht worden ist, dann würden wir vielleicht dort die Majorität für den Anschluß gewinnen", so in Erstaunen gerathen, daß ihr die Worte fehlen, diesem Erstaunen Ausdruck zu geben. In andern Kreisen wird diese ganze Angelegenheit nur Heiterkeit hervorrufen. Denn es ist sicher seltsam, diese Aeußerung Bismarcks, die ironisch gemeint war und vom Reichstage auch so aufgefaßt worden ist, im Ernst zu deuten und in einem Leitartikel das Thema mit Pathos zu behandeln, daß der Ultramontanismus als Hebel der preußischen Staatskunst zur Verwendung kommen solle. — In dem ultramontanen Münchener „Volksboten" führt ein Hr. Morin den Beweis, daß der berüchtigte Mitarbeiter des „Volksboten" Sigel zugleich auch Mitarbeiter der in Berlin erscheinenden „Zukunft" und der „Frankfurter Ztg." ist. Das Geschäft bringt es mit sich, zugleich ächt ultramontane und ächt demokratische und wer weiß, was noch für andere Artikel zu schreiben. Interessant ist, daß dieser Hr. Sigel in Kompagnie mit einem Hrn. Kilian seine Korrespondenzen öffentlich in einem Café in München im Angesicht der ganzen Kaffeegesellschaft schmiedet. Nähere Mittheilungen über die ganze Angelegenheit giebt Herr Morin im „Curier für Niederbaiern". — Die „Berliner Autogr. Korresp." nimmt Anstoß daran, daß die Angelegenheit der Paris-Hamburger Eisenbahn vom Bundeskanzler als Bundes-Angelegenheit mit Umgehung des preußischen Handelsministers behandelt worden. Wie man weiß, liegen zwei Linien vor und ist vom Bundeskanzler dem Bundesrathe die nochmalige Prüfung der Frage vorgelegt worden, ob die früher festgestellte Linie den allgemeinen Verkehrs-Interessen entspricht. Eine Umgehung des preußischen Handelsministeriums kann hierin nicht gefunden werden, da nach der Bundesverfassung die Leitung und Oberaufsicht der Eisenbahn-Angelegenheiten dem Bundespräsidium obliegt. Uebrigens hat Graf Bismarck auch früher erklärt, daß er sich mit seinen preußischen Kollegen über dergleichen Angelegenheiten vorher erst immer ins Einvernehmen setzen werde. — Der Bundesrath hat gestern in einer siebenstündigen Sitzung der Berathung über den Entwurf der neuen Gewerbeordnung zu Ende geführt. Nachdem er heute noch eine Sitzung gehalten, hat er sich nach einer angestrengten Thätigkeit bis nach den Osterfeiertagen vertagt. — Heute hat eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, worin dem Vernehmen nach die Beschlußfassung über die definititive Verwaltungs-Organisation in Schleswig-Holstein und in Hannover erfolgt ist. Es handelt sich bekanntlich in Betreff der Herzogthümer um die Frage der Einsetzung nur einer Regierung, deren Sitz zu sein Schleswig die meiste Aussicht hat, und in Betreff Hannovers um die Frage, ob die Landdrosteien beibehalten oder ob Regierungs-Kollegien wie in den alten Provinzen gebildet werden sollen. — Nach einer von dem Finanzminister getroffenen Verfügung in Bezug auf die Nothstandsdarlehne in Ostpreußen ist in denjenigen Fällen, in welchen ein Darlehen gegen Hypothek gewährt werden soll, die Letztere insoweit als genügende Sicherheit anzusehen, als sie innerhalb des 30fachen bei der Grundsteuer-Veranlagung ermittelten Reinertrages der Liegenschaften des Pfandobjekts steht. Enthält jedoch das Letztere weniger als 25 Morgen, so ist bei der Abmessung der Beleihungsgrenze dem 30fachen Reinertrage der Liegenschaften der 20fache Betrag der bei der Gebäudesteuer-Veranlagung ermittelte jährliche Nutzungswerth der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude hinzuzurechnen. Die Auszahlung der Darlehne, welche kleinen ländlichen Grundbesitzern gegen Verpfändung ihrer Grundstücke gegeben werden, kann auch schon vor erfolgter Hypothek-Eintragung stattfinden, wenn eine genügende Bescheinigung der erfolgten Anmeldung seitens des betreffenden Hypothekengerichts beigebracht wird. — Die in einigen Zeitungen befindliche Nachricht, daß die Umgestaltung der Verwaltungsorganisation des Polizeipräsidiums in Berlin stattfinden werde, ist nicht begründet.

Berlin, 8. April. Se. Majestät der König hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Militärbevollmächtigten Obersten v. Schweinitz, welcher sich Abends auf seinen Posten nach Petersburg zurückbegab, sowie mit den kommandirenden Generälen von Plonsky und Herwarth v. Bittenfeld, welche sich vor der Abreise nach Kassel und Coblenz verabschiedeten, nahm hierauf die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Wurmb, des Ministers des Innern Grafen Eulenburg entgegen und arbeitete dann mit dem General v. Podbielsky, dem Vice-Admiral Jachmann und dem Chef des Militär-Kabinets v. Treskow. Mittags stattete der Herzog von Sachsen-Meiningen einen Besuch ab und nahm später mit dem Kronprinzen an dem Diner im Königlichen Palais theil. Vor demselben hatte der König noch eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. — Morgen Vormittags 10½ Uhr versammelt sich die Königliche Familie zur Abendmahlsfeier in der Kapelle des Kronprinzlichen Palais und wird dieselbe von dem General-Superintendenten Dr. Hoffmann abgehalten. Die liturgischen Gesänge führt der Königliche Domchor aus. Eine gleiche Feier findet in der Schloßkapelle zu Charlottenburg durch den Oberhof- und Domprediger Dr. Snethlage statt.

— Der Unterstaats-Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Wirkl. Geh. Rath v. Thile, hat auf einige Tage eine Reise nach dem Rheine angetreten.

— Das Zollparlament trit, wie die „Kr.-Z." hört, nicht am 20., sondern am 27. d. M. zusammen.

— Der norddeutsche Bundesrath, unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück, genehmigte gestern die Verträge mit Belgien über den Austausch von Geldsendungen und kleineren Packeten, und mit Dänemark, betreffend die Postverhältnisse (Referent: von Watzdorf), desgleichen die Verträge mit Hessen, und die auf Oberhessen bezüglichen Gesetzentwürfe, betreffend die Branntwein-, Bier- und Tabaksteuer (Referent: v. Liebe), verwies den von dem Präsidium eingegangenen Entwurf einer Konsular-Konvention mit Italien an den IV. und VI. Ausschuß und erledigte die Beschwerde der Judengemeinde in Schwerin wegen unvollständiger Ausführung des Freizügigkeitsgesetzes.

— Ueber die Berathung der Gewerbeordnung im Plenum des Bundesrathes, welche bekanntlich am Sonnabend begonnen hat, wird der „H. B. H." von hier berichtet: „Die allgemeine Debatte war schnell abgewickelt, sie ist fast nur auf die Bemerkungen der mecklenburgischen Kommissare beschränkt gewesen, welche einen schüchternen Protest wagten und den Versuch machten, eine Lanze für das Zunftwesen zu brechen, sich jedoch alsbald beruhigten. Bei den Debatten über die Einzelheiten suchte man von verschiedenen Seiten den vorgeschlagenen bureaukratischen Apparat, der sich an den Organismus der preußischen Behörden anschließt, zu bekämpfen und dem gegenüber freiere Einrichtungen der Einzelstaaten aufrecht zu erhalten und in einzelnen Fällen sind nach dieser Richtung hin Resultate erzielt worden. Jedenfalls dürften sich die Berathungen bis Dienstag oder Mittwoch hinziehen und vor Donnerstag die Vorlage nicht an den Reichstag gelangen. Vor Ostern scheint daher wohl die dort bereits gewählte Kommission ihre Arbeiten kaum beginnen zu können. — Die Arbeiten des Bundesrathes des Zollvereins sind noch ziemlich weit im Rückstande. Der baierische Kommissar Weber hat das Referat über die Tabacksteuer noch nicht vollendet."

— Der Bericht, welcher von der zur Untersuchung des Auswanderer-Beförderungs-Wesens nach Hamburg und Bremen entsandt gewesenen Kommission erstattet worden ist, ist dem Bundesrathe mit einem Schreiben des Bundeskanzlers vom 29. v. Mts. zugesandt worden. Aus diesem Schreiben kann die „Staatsbg.-Ztg." das Folgende mittheilen: „Die Vorschläge der Kommission sind einerseits auf eine Ergänzung der über die Einrichtung der Auswandererschiffe 2c. in Bremen und Hamburg bestehenden Vorschriften, andererseits auf Verschärfung derjenigen Aufsicht gerichtet, welche über die Befolgung dieser Vorschriften gegenwärtig geübt wird. In letzterer Beziehung glaubt die Kommission, die Einsetzung einer Bundesbehörde, welche die Thätigkeit der Schiffsbesichtiger ihrer Superrevision zu unterwerfen haben werde, als zweckmäßig empfehlen zu können. Was die beantragte Ergänzung der zum Schutze der Auswanderer bestehenden Vorschriften anlangt, so wird dieselbe im Wege der Bundesgesetzgebung zu bewirken sein. Die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, dessen Bestimmungen übrigens nicht blos für Hamburg und Bremen, sondern für sämmtliche Häfen des Bundesgebietes in Kraft zu setzen sein würden, ist zu diesem Zwecke in Angriff genommen. Bevor indessen ein solches Gesetz zur Geltung gelangt, dürfte es sich unter den obwaltenden Verhältnissen empfehlen, durch Verschärfung der Aufsicht in der von der Kommission beantragten Weise die Handhabung der zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Auswanderer in Hamburg und Bremen bereits bestehenden Vorschriften zu sichern. Es wird auf diesem Wege nicht nur den Auswanderern selbst eine verstärkte Garantie geboten, sondern auch das Mißtrauen gegen die Einrichtungen in den deutschen Auswanderungshäfen gehoben werden, welches durch die im Eingange erwähnten Vorfälle im Inlande und Auslande hervorgerufen ist. Es dürfte zu diesem Zwecke die Einsetzung von Bundesbehörden in Hamburg und Bremen (oder in Bremerhafen) sich empfehlen, von denen jede etwa aus drei Mitgliedern, nämlich einem Seeoffizier und zwei von verschiedenen Bundes-Regierungen zu committirenden Mitgliedern bestehen könnte." Zum Schlusse ersucht der Bundeskanzler den Bundesrath, in diesem Sinne beschließen zu wollen.

Gumbinnen, 6. April. Regierungs-Präsident Maurach begab sich gestern mit dem Courierzuge nach Tilsit. Als Zweck dieser Reise verlautet, daß der Präsident — nachdem endlich das Eis aus der Memel und den mit derselben in Verbindung stehenden Gewässern verschwunden ist — mittelst Dampfbootes von Tilsit aus die vom Nothstande wohl am härtesten betroffenen Ortschaften am Kurischen Haff aufzusuchen gedenkt, um sich persönlich zu überzeugen, wie dieselben diese schwere Zeit — den ersten und hoffentlich schwersten Abschnitt des Nothstandes — überstanden haben und danach ermessen zu können, in welchem Umfange weitere Hülfe erforderlich sein wird. Der beängstigende Zustand, während dessen wegen Unpassirbarkeit des Eises die Kommunikation in jener Gegend gänzlich gehemmt war, hat in diesem Jahre in Folge des niedrigen Wasserstandes außerordentlich lange gedauert. Das nunmehr offene Wasser, welches Schifffahrt und Fischerei jetzt gestattet, und die Herbeischaffung von Lebensmitteln zuläßt, wird für die größten Uebelstände voraussichtlich Abhülfe bringen; allein viele tiefe Wunden, welche der harte Kampf mit der Noth zurückgelassen hat, bleiben zweifelsohne augenblicklich noch zu heilen. Das Dampfschiff, mit welchem der Regierungs-Präsident sich zu jenen Ortschaften begiebt, wird reichliche Lebensmittel mit sich führen. Um diese Hülfe rasch und noch vor dem Osterfeste zu schaffen, ist diese Reise und Expedition wohl so unmittelbar nach dem Abgange des Eises unternommen worden. Das Wetter ist noch unfreundlich und kalt.

Magdeburg, 7. April. In der heute stattgehabten Sitzung des Ausschusses der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn erklärte sich derselbe auf Antrag der Direktion damit einverstanden, daß für das Jahr 1867 eine Dividende von 18 pCt. zur Vertheilung gelangen solle.

Görlitz, 7. April. Bei der heute stattgefundenen Wahl eines Reichstagsabgeordneten (zum Ersatz für v. Carlowitz) erhielten im hiesigen Stadtkreis Dr. Louis Müller (liberal) 1800, der Gegenkandidat, Kommerzienrath Schmidt, 420 Stimmen.

Bremen, 7. April. Der Verwaltungsrath des norddeutschen Lloyd hat die Dividende für das Jahr 1867 auf 20 pCt. festgestellt.

Dresden, 6. April. Baron Forth-Rouen, der französische Gesandte am hiesigen Hofe, ist jetzt nach längerem Urlaube hierher zurückgekehrt. — Der brasilische Gesandte Cesar Sauvan Vianna de Lima hat seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

Dresden, 7. April. Die kürzlich konfiszirte erste Nummer des „Bulletin international" ist wieder freigegeben worden. Die Konfiskation ist, wie dem „Dresdner Courier" mitgetheilt wird, lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß auf der betreffenden Nummer der Name des Verlegers zu nennen vergessen war.

— Die zweite Kammer hat nach lebhafter Debatte die Abschaffung der Todesstrafe mit Zweidrittel-Majorität genehmigt. Während der Debatte waren der Kronprinz und die Kronprinzessin sowie der Prinz von Wasa gegenwärtig.

Karlsruhe, 7. April. Hier eintreffende Berliner Zeitungen melden, daß die Großherzoglich badische Division einem zu bildenden 13. Armeekorps des norddeutschen Bundes einverleibt werden solle, welchem auch die dem 11. Bundes-Armeekorps angehörenden Großherzoglich hessischen Kontingente zugetheilt werden sollen. Die Nachricht ist, wie Erkundigungen an kompetenter Stelle ergeben, was die Einverleibung badischer Truppen anbelangt, unrichtig, und dürfte demgemäß auch das sonst über die Bildung eines neuen Armeekorps des norddeutschen Bundes Gesagte lediglich auf Fiktion beruhen.

Ausland.

Wien, 7. April. Gegenüber der Nachricht der Pariser „Presse", daß die österreichische Regierung den ehemaligen König von Hannover ersucht habe, einen anderen Aufenthaltsorts zu wählen, wird offiziös mitgetheilt, daß seit der Angelegenheit, betreffend die Ertheilung von Pässen an Mitglieder der sogenannten Welfenlegion, für die Kaiserliche Regierung kein Grund vorgelegen habe, bei dem Hietzinger Hofe in irgend welcher Richtung zu interveniren.

— Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg auf das letzte Schreiben der 14 Kirchenfürsten. In demselben heißt es: Bei den Verhandlungen des Reichsraths über den Ehegesetzentwurf war zu allseitiger, freiester Erörterung reichlich die Gelegenheit geboten, welche auch nicht unbenutzt geblieben ist. Das Stadium der legislativen Verhandlung, in welches der Gesetzentwurf gegenwärtig getreten ist, legt der Regierung die ehrerbietigste Zurückhaltung auf. Kein gegenwärtiges Gesetz ermächtigt die Gerichte, Fragen der Glaubenslehre, oder die Verwaltung, innere Kirchenangelegenheiten an sich zu ziehen. Die Artikel 14 und 15 des Verfassungsgrundgesetzes gewähren eine Bürgschaft für die Zukunft. Die Regierung nimmt Nichts in Anspruch, was jenseits der Grenzen der rechtmäßigen Staatsgewalt liegt; sie hält die Freiheit der Kirche hoch und wird jeder Zeit bereit sein, das Wirken der Kirche kräftig zu unterstützen. So wenig die Regierung die Grenzen der Staatsgewalt zu mißachten gedenkt, so wenig kann sie dazu die Hand bieten, daß dies von anderer Seite geschehe. Die Regierung lehnt es daher ab, auf den Theil des Schreibens einzugehen, welcher die durch das Grundgesetz den Staatsbeamten auferlegten Verbindlichkeiten zum Gegenstande einer Erörterung macht, welche das Pflichtgefühl der Staatsbeamten, wenn auch ohne Absicht, beirrt.

— König Georg soll, wie die „A. A. Z." hört, den Vertrag über den Ankauf der Herrschaft Topolevec in Kroatien abgeschlossen haben. Der Kaufpreis ist 1,700,000 Gulden.

— Der Pesth-Ofener Demokratenverein hat in voriger Woche beschlossen, an das Abgeordnetenhaus eine Petition wegen Demolirung der Ofener Festungsmauern zu richten. Auch ein Zeichen der Auflehnung der industriellen Interessen gegen die militärischen Ansprüche, freilich aber auch ein Protest gegen die Kanonen, welche Pesth beherrschen!

Pesth, 7. April. Der Reichstag hat sich bis zum 16. April vertagt. Die Vorlage über das Budget wird bei Wiederaufnahme der Sitzungen erwartet. — Die kroatische Deputation wird wahrscheinlich im Laufe dieser Woche hier eintreffen. — Perczel bereist die Komitate unter großen Ovationen.

Genf, 7. April. Da der erste Versuch der Verständigung mit den in Strike befindlichen Arbeitern gescheitert, ist auf heute eine Generalversammlung der Arbeitgeber behufs Ertheilung neuer Vollmachten anberaumt worden.

Paris, 5. April. Die Ruhestörer von Toulouse sind sehr streng bestraft worden, zwei mit 4 Monaten und einer mit einer

Woche Gefängniß. Die Regierungsblätter verfehlen nicht zu bemerken, daß die Verurtheilten schon früher Freiheitsstrafen erlitten hatten. Die 4. Kammer des Gerichtshofes von Bordeaux hat den Apell der dortigen Verurtheilten verworfen. — Die „Situation" macht großes Aufheben von der politischen Bedeutung eines Geschenkes, welches die Kaiserin Eugenie den Nothleidenden in Hannover gemacht. Graf v. d. Goltz soll sich nach jenem Blatte über diese Handlung unzufrieden geäußert haben. Der wahre Thatbestand ist jedoch einfach folgender: Ein hannoverscher Publizist, der schon seit 20 Jahren in der hiesigen Presse thätig ist, hatte auf einem Besuch in der Heimath dem dortigen Wohlthätigkeitsverein versprochen, sich bei der Kaiserin Eugenie für einen milden Beitrag zu verwenden. Er wandte sich bei seiner Rückkehr in einem Briefe „an das Herz der barmherzigen Schwester von Amiens." Zuerst wurde er nun von Herrn Pietri bedeutet, die Kaiserin sei zwar gerührt von seinem Schreiben, sie scheue sich aber, wegen möglicher Mißdeutungen etwas zu thun. Auf entsprechende Gegenvorstellungen ließ man aber in den Tuilerien die Bedenken fallen, und stellte zwei prachtvolle Sèvres-Vasen zur Verfügung. Die preußische Botschaft erkundigte sich erst nach den näheren Umständen, nachdem in deutschen Blätter von der Intervention eines „hannoverschen Agenten" die Rede gewesen war.

— Herr v. Kervèguen legte gestern als Angeklagter der vier Zeitungen vor Gericht die demüthigste Beichte ab, durch welche Granier de Cassagnac am meisten an den Pranger gestellt wurde. Die Haltung des Angeklagten war so, daß der Kaiserl. Advokat, der ihn bemitleidete, die Zuhörer auf dessen Qual aufmerksam machte, um die Kläger zu erweichen und sie zu fragen, ob sie von ihrer Seite nicht Großmuth zeigen wollten, um den Mann zu schonen, der sich in einer so traurigen Weise gedemüthigt habe. Das Interessanteste der Verhandlungen waren die Worte des Advokaten Lepelletier über Granier v. Cassagnac. Er sagte nämlich unter Anderm: „Die Ehre der Zeitungen ist künftig vor jedem Angriff gesichert und sie bedarf gar keines Urtheils, das den Verleumder verurtheilen würde, ohne etwas zur Rehabilitation ihrer Ehre beizutragen. Worüber wir uns wundern, das ist, daß Herr v. Kervèguen nicht den Herrn v. Cassagnac vor Gericht citirt, welcher vierzehn Tage lang in seiner Zeitung das Gegentheil der Wahrheit geschrieben hat und welcher ohne Zweifel vor der Erklärung eines rechtlichen Mannes nicht gewagt haben würde, die Lüge aufrecht zu erhalten, zu deren Verbreiter er sich gemacht hatte. Die Abwesenheit des Herrn v. Cassagnac konstituirt die blutigste Injurie, die an ihn gerichtet werden kann. Hat Hr. v. Cassagnac gefürchtet, daß derselbe, nachdem er als Berichterstatter Betrüger gewesen war, ein falscher Zeuge wäre!" Die Sache wird erst am 17. d. M. weiter verhandelt, wenn die vier Zeitungen nicht Mitleid mit dem Herrn v. Kervèguen haben und ihre Klagen einstellen, da ihre Ehre jetzt vollkommen gewahrt ist.

Paris, 7. April. Die „Patrie" dementirt alle Gerüchte über eine angebliche diplomatische Einmischung Frankreichs in die zwischen Preußen und Dänemark wegen Nordschleswigs schwebenden Verhandlungen und versichert, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Reise des dänischen Kriegsministers nach Paris und London ohne politischen Charakter sei. Der Artikel des offiziösen Blattes schließt folgendermaßen: Der gegenwärtige Zustand der Verhandlungen zwischen Dänemark und Preußen ist nicht dergestalt, um außergewöhnliche diplomatische Anstrengungen Dänemarks oder Frankreichs nothwendig zu machen. Man kann zwar wünschen, daß die Verhandlungen einen rascheren Gang annehmen, und daß die Interessen der seit so langer Zeit in Ungewißheit schwebenden Bevölkerungen ebenso in die Wagschaale fallen mögen, als die in Berlin betonten politischen Gesichtspunkte, aber keinesfalls kann man die Nothwendigkeit einer Einmischung zugeben, welche den Charakter der gegenwärtigen Sachlage und die Haltung der beiden verhandelnden Parteien verändern würde.

Florenz, 4. April. Die Hausse der italienischen Rente, mit der die Pariser Börse die Haltung der Kammer-Majorität in der Mahlsteuer-Angelegenheit begrüßt hat, ist ein bedeutungsvolles Zeichen; sie wird die Regierung wie die Abgeordneten ermuthigen, die Herstellung des finanziellen Gleichgewichts mit Entschiedenheit anzustreben. Auch hat der Finanzminister das Abgeordnetenhaus in einer der letzten Sitzungen darauf aufmerksam gemacht, daß die Annahme der Finanzgesetze die Herstellung des öffentlichen Vertrauens zur Folge haben werde, und dieses Vertrauen, welches über die Bewegungen des Kapitals entscheidet, fängt in der That an zurückzukehren. — Man hatte das Gerücht verbreitet, daß die Regierung unter allen Umständen an dem Mahlsteuergesetz festhalte, daß sie aus der Annahme desselben eine Kabinetsfrage mache, weil sie mit dem Hause Rothschild in Unterhandlungen getreten sei, deren günstiger Abschluß auf der Voraussetzung der Annahme jenes Gesetzes beruhe. Man wird ermessen, daß dieses Gerücht von der Opposition in Umlauf gesetzt worden, da die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit durch so gewichtige Gründe vorgeschrieben war, daß jene künstliche Motivirung keiner Widerlegung bedarf.

Plymouth, 7. April. Die Königlich preußischen Briggs „Rover" und „Musquito" sind heute vom Mittelländischen Meere auf der Fahrt nach Kiel hier angelangt.

Madrid, 28. März. Vorgestern hat in der Deputirtenkammer die Diskussion über das Budget begonnen, zu welchem von liberaler wie von neokatholischer Seite Amendements eingebracht sind. Die letzteren verlangen Ersparnisse im Allgemeinen, wollen aber den Klerus von jeder Beeinträchtigung seiner Bezüge verschont wissen; das von Hrn. Mayano eingebrachte Amendement der Liberalen schlägt hingegen eine allgemeine Ersparniß von 300 Millionen Realen vor, welche in allen Ressorts nach einem fixen Prozentsatz realisirt werden soll. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht übrigens dafür, daß keines der beiden Amendements zur Annahme gelangen, daß vielmehr das Budget in der Fassung der Regierung werde genehmigt werden. — Es scheint übrigens keine Woche ohne jegliche Ruhestörung verfließen zu wollen. Neuestens sind in Berga, einem Städtchen der Provinz Barcellona, unruhige Auftritte vorgekommen, die mit einer angeblichen Verschwörung in Catalonien im Zusammenhang stehen sollen, aber sofort und mühelos unterdrückt worden sind. Was die oben erwähnte Verschwörung anbelangt, so ist deren Existenz noch keineswegs über jeden Zweifel erhaben, indessen ist von karlistischen Umtrieben in den nördlichen Provinzen bereits seit einiger Zeit die Rede, und es ist nicht unmöglich, daß dieselben an einzelnen Punkten bestimmte Formen angenommen haben.

Kopenhagen, 7. April. „Berlingske Tidende" schreibt: Der Zweck der Reise des Kriegsministers Raasløff ist kein öffentlicher. Es handelt sich nur um eine Erholungsreise des Ministers während der Osterferien des Reichstages, welche bis zum 16. dieses dauern.

Stockholm, 7. April. Die Wiedereröffnung der Schifffahrt wird wahrscheinlich morgen erfolgen. Ein Bugsirdampfer hat heute das Eis in den Scheeren zwischen hier und Sandhamm durchbrochen.

Warschau, 2. April. In der öffentlichen Versteigerung der dem Zwangsverkauf unterliegenden polnischen Güter in Litthauen ist schon seit einigen Wochen Stille eingetreten. Viele russische Kapitalisten, welche sich zu den Licitationen eingefunden hatten, sind wieder abgereist, ohne sich an denselben betheiligt zu haben. Sie waren in der Hoffnung gekommen, daß sie die geräuschvoll ausgebotenen polnischen Güter zu Spottpreisen erstehen würden, und sahen sich in Folge der ziemlich starken Konkurrenz bitter getäuscht. Seitdem hat sich zu den angesetzten Licitationsterminen nur hin und wieder ein Deutscher aus den russischen Ostseeprovinzen eingefunden und es sind nur wenig Güter verkauft worden. Die Regierung hat daher beschlossen, die Licitations-Termine aufzuheben und die unverkauft gebliebenen Güter theils unter billigen Bedingungen an verdiente Beamte zum Eigenthum zu überlassen, theils im eigenen Besitz zu behalten und den Staats-Domänen einzuverleiben. Das Letztere soll namentlich mit den Gütern geschehen, welche in einer den Taxwerth übersteigenden Höhe mit Staatsgeldern belastet sind.

Konstantinopel, 31. März. Aus Kandia wird vom 23. März geschrieben: Man hatte einen an Hussein-Avin-Pascha, den Generalgouverneur der Insel, und die Distriktsgouverneure gerichteten großherrlichen Firman publizirt, welcher Konzessionen enthielt, die vielleicht die Aufregung zu beschwichtigen im Stande gewesen wären, wenn man sie beim Anfange der Insurrektion gewährt hätte, denn sie unterscheiden sich kaum von denen, welche die am 27. Mai 1866 von den Kretensern dem Generalgouverneur Ismail Pascha überreichte Petition forderte. Der in Rede stehende Firman regelt in bestimmter Weise die Steuererhebung und ohne Zweifel würden die angeordneten Maßregeln geeignet sein, jede Willkür auszuschließen, wenn sie von den ottomanischen Beamten strikte ausgeführt würden. Zum Unglück erinnern sich aber die Kreter, daß diese Maßregeln 1866 rund abgeschlagen wurden, und daß ein analoger Firman vom 19. Juli 1858 sofort nach der Verkündigung zurückgezogen wurde. Dieser Akt weiser Nachgiebigkeit Seitens der Pforte wird daher schwerlich den Erfolg haben, den Unruhen auf der Insel ein Ziel zu setzen. Inzwischen bemühen sich die Lokalbehörden, die vor der Abreise des Großveziers beschlossene Gerichtsorganisation in Ausführung zu bringen; diese Bemühungen stoßen indeß auf ernstliche Schwierigkeiten insofern, als es fast unmöglich ist, Richter auf der Insel zu finden, die im Stande sind, eine so komplizirte Gesetzgebung wie die türkische zu handhaben.

Newyork, 7. April. Die demokratische Partei hat bei den Wahlen in Connecticut mit vergrößerter Majorität gesiegt.

Washington, 6. April. Nach dem vom Sekretär des Schatzes eingebrachten Bericht belief sich die Schuld der Vereinigten Staaten am 1. April auf 2642 Mill. Doll. mithin 6 Mill. weniger als am 1. März, der Baarbestand des Staatsschatzes dagegen auf 122½ Mill. bei einer Abnahme von 5½ Mill. gegen den 1. März.

Pommern.

Stettin, 8. April. Vorgestern gingen aus dem Fürstenthumer Kreise 39, aus dem Schivelbeiner Kreise 36 Auswanderer hier durch.

— Durch das vorgestern in Stolzenhagen zu zwei verschiedenen Malen ausgebrochene Feuer ist, wie jetzt feststeht, die Pfarrscheune nebst Stall, sowie das alte Küsterhaus, die Scheune und der Stall eingeäschert. — An demselben Abend brannten auch in dem Dorfe Scholwin auf dem Grundstück des Eigenthümers Salpius einige Ställe total nieder. In dem verschlossenen Wohnhause, dessen Besitzer zur Zeit des Brandes in Pölitz und dessen Frau in Stettin war, war unter der Treppe sowie auch in einem Wohnzimmer ebenfalls Feuer von unbekannter Hand angelegt; das Haus mußte erbrochen werden, und gelang es, das dort vorhandene Feuer zu dämpfen.

— Aus dem Güterschuppen der Berlin-Stettiner Eisenbahn wurde in der Nacht zum 26. Januar ein Ballen Java-Kaffee im Werthe von 35 Thlr. gestohlen. Von den dieses Diebstahls, resp. der Hehlerei verdächtigen Personen ist nun gestern der auf dem Bredower Antheil wohnhafte Arbeiter Aug. Zingelmann, von dem feststeht, daß er den Ballen nach der Kupfermühle gefahren hat, verhaftet worden.

— Aus einer Wohnung Pelzerstraße Nr. 19 ist vor einigen Tagen eine silberne Kapseluhr, aus einem Schanklokale Speicherstraße Nr. 8 eine doppelgehäusige silberne Spindeluhr, aus einer Kammer Breitestraße Nr. 8 eine Partie Betten im Werthe von ca. 40 Thlr. und aus einem Wohnzimmer Lastadie Nr. 65 ein blauer Double-Ueberzieher, in dessen Taschen sich drei auf den Namen des Ingenieurs Stahl lautende Frachtbriefe befanden, gestohlen worden.

— Der beim Fischhändler Z. längere Zeit im Dienst stehende Arbeiter Martin Köhler erhielt von seinem Dienstherrn vor einigen Tagen den Auftrag, eine Partie Fische nach dem Bahnhofe zu bringen und dort 13 Thlr. Fracht für die Spedition derselben zu bezahlen. Den ersten Theil des Auftrages führte K. allerdings aus, mit den 13 Thlr. zog er indessen vor, zu verschwinden. Später gelang seine Ermittelung und Verhaftung; von dem ihm anvertrauten Gelde hatte er bereits 5 Thlr. in seinem Nutzen verwendet.

* **Anclam**, 8. April. Nach der landräthlichen Bekanntmachung vom 4. d. M. in Nr. 41 des „Anclamer Kreis-, Volks- und Wochenblattes" muß es lobend anerkannt werden, daß die städtische Verwaltung es möglich gemacht hat, aus der hiesigen Sparkasse 25,000 Thlr. den kleineren ländlichen Besitzern an Darlehnen auf ein Jahr (in Beträgen von 20 Thlr. und darüber zu 5½ pCt.) zu Saatkorn gegen genügende Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Die Noth auf dem Lande unter den kleinen Besitzern wird hierdurch erheblich gemildert. Dies löbliche Beispiel könnte übrigens auch für den hiesigen Vorschuß-Verein ein Wink sein, ob dessen Vorstand für dies Nothjahr in ähnlicher Weise dem hiesigen nothleidenden Handwerkerstand — von den Statuten abweichend — helfend zur Seite stehen möchte. Allen Städten aber mag dieses anerkennenswerthe Streben der hiesigen Stadtverwaltung als Muster zur Nachahmung dienen.

Kreis Franzburg, 6. April. Am 2. d. Mts. früh brannte die holländische Windmühle der Wittwe Range zu Neuendorf nieder. Wie man meint, war das Feuer durch Mahlen zum Kleesaatreinigen entstanden. Die Mühle war bei der Neu-Vorpommerschen Mühlen-Assekuranz-Sozietät versichert.

Vermischtes.

— Ein neues Eisenbahnunglück hat sich auf der Löbau-Zittauer Bahn durch den Zusammenstoß einer Lokomotive mit einem gemischten (Personen und Güter) Zuge ereignet. Glücklicher Weise sind bis jetzt trotz der auch hier gewaltigen Zerstörung der Wagen Menschenleben nicht zu beklagen, die Zahl der Verletzten beträgt aber über zwanzig, darunter dreizehn mit stärkeren Verwundungen.

— Auf dem großen Theater in Lyon wurden neulich die Hugenotten aufgeführt, und, wie gewöhnlich waren die Füsiladen der Bartholomäus-Nacht einem Infanterie-Detachement der Garnison übertragen. Die Braven rückten denn auch an, erregten aber weniger Entsetzen, als ungeheure Heiterkeit; denn sie hatten sich — wohl zur größern Sicherheit, statt mit den vorschriftsmäßigen Arquebusen, mit ihren neuen, fernhintreffenden Chassepots bewaffnet. Das Blutbad drohte hiernach fürchterlich zu werden; da, im verhängnißvollen Augenblick, versagten — horribile dictu — sämmtliche Ferntreffer in Folge einer irrthümlichen Vorrichtung; die Hugenotten waren gerettet, aber die Chassepots gerichtet.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. April, Vormittags. Angekommene Schiffe: Johanna, Schröder; Friedrich Wilhelm, Frenz, von Hartlepool. Henriette, Kamp, von Newcastle. Brothers, Leslie, von Sunderland. Eagle, Bishop, von Tayport. Unaminity, Stothard, von Sunderland. Letztere 2 löschen in Swinemünde. Milo (SD), Gatgens, von Hull. Wind: N. Strom eingehend. Revier 15 F. 3 Schiffe im Ansegeln, vermuthlich für Nothhafen.

7. April, Nachmittags. Minge gretha, Arp; Sophie, Krützfeld von Kiel. Fulmar, Daul; George, Gibson von Sunderland. Letztere 2 löschen in Swinemünde. Wind: N. Revier: 15 F. Strom eingehend. 1 Dampfer westwärts in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. April. Witterung: trübe. Temperatur + 5 ° R. Wind: SO.

Weizen matt, per 2125 Pfd. gelber 102—106 Rt., weißer 102 bis 111 Rt., bunter 100—104 Rt., ungarischer 90—100 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 105—104½ Rt. bez., 105 Rt. Br., Mai-Juni 104 Br.

Roggen weichend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 72—74 Rt. bez., 82pfd. Garantie 76¾ Rt. bez., geringer 70—73 Rt. bez., Frühjahr 74½, 73 Rt. bez., Mai-Juni do., Juni-Juli 72¾, 71¾ Rt. bez., Juli-August 65½ Rt. Gd., Sept.-Oktober 60 Rt. bez.

Gerste wenig verändert, per 1750 Pfd. loco Oderbruch 53½ Rt. bez., schlesische u. mährische 53½—55 Rt. bez., 69—70pfd. pr. Frühjahr schles. 54½ Rt. Gd.

Hafer fester, per 1300 Pfd. loco 37—38 Rt. bez., Frühjahr 47 bis 50pfd. 37¾ Rt. bez., Mai-Juni 38 Rt. bez.

Erbsen ordinäre feuchte Futter- per 2250 Pfd. 61—63 Rt. bez., trockne do. 66½—68 Rt. bez., Koch- 70—72 Rt. bez.

Rüböl stille, loco 10⅙ Rt. Br., April-Mai 10 Rt. Gd., Mai 10⅛ Rt. Br., September-Oktober 10½ Rt. Gd.

Petroleum loco 6⅔ Rt. bez., Sept.-Okt. 6½ Rt. Br., 6⅛ Gd.

Rappkuchen loco fremde frei Bahn 2 Rt. bez.

Spiritus matt, loco ohne Faß $20\frac{5}{12}$, ½ Rt. bez., Frühj. $20\frac{5}{24}$, ⅛ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 20⅜, ⅓ Rt. bez., Juni-Juli $20\frac{7}{12}$ Rt. Br. u. Gd.

Angemeldet: 100 Wspl. Weizen, 150 Wspl. Roggen.

Regulirungs-Preise: Weizen 104½, Roggen 73¼, Rüböl 10, Spiritus 20⅛.

Landmarkt.

Weizen 98—105 Rt., Roggen 70—74 Rt., Gerste 50—54 Rt., Erbsen 68—75 Rt. pr. 25 Scheffel, Hafer 36—40 Rt. pr. 26 Scheffel, Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Berlin, 8. April, 2 Uhr 2 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 83⅞ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95⅝ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137½ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93 bez. Oesterr. National-Anleihe 55⅛ bez. Pomm. Pfandbriefe 85¾ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186 bez. Amerikaner 76¼ bez.

Weizen pr. April-Mai 93¼ bez., 93 Br. Roggen pr. April-Mai 74¾, 73½ bez., Mai-Juni 74⅛ bez., 73 Br., Juni-Juli 72½ bez., 71½ Gd. Rüböl loco 10⅛ Br., April-Mai 10⅛ bez., ⅙ Gd., September-Oktober $10\frac{7}{12}$ bez. Spiritus loco 20 bez., April-Mai 19⅞, $\frac{23}{24}$ bez., Mai-Juni 20, $20\frac{1}{24}$ bez., Juni-Juli $20\frac{7}{24}$, ⅜ bez.

Hamburg, 7. April. Getreidemarkt. Roggen höher. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 178 Bankothaler Br., 177½ Gd., per Frühjahr 178 Br., 177 Gd., pr. Juli-August 173 Br., 172 Gd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 130 Br., 129 Gd., per Frühjahr 129½ Br., 129 Gd., per Juli-August 118 Br., 117 Gd. Hafer stille. Rüböl geschäftslos, loco 22¾, per Mai 22¾, per Oktober 23⅝. Spiritus fest, 29. Kaffee fest, 3642 Sack Santos schwimmend verkauft. Zink unbeachtet. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 7. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreidemarkt stille. Roggen per Mai 283½. Raps pr. April 67, per Oktober 68.

Stettin, den 8. April.

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	—	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅞ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10Tag.	6 25⅝ bz	Pr. National-V.-A.	4	116½ B
"	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	750 B
Paris	10 Tg.	$81\frac{7}{12}$ B	Pomerania	4	116 B
"	2 Mt.	81¼ B	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower "	4	—
"	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
"	4	—	Neue Dampfer-C.	4	96 B
" Rentenb.	4	—	Germania		—
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		118 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
" Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
" "	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
" Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	94 B			—